

Beiträge zur Geschichte Westpreußens

Zeitschrift der
Copernicus-Vereinigung zur Pflege der Heimatkunde
und Geschichte Westpreußens e.V.

Nr. 7 · 1981

THORN

Königin der Weichsel
1231-1981

Herausgegeben
von
Bernhart Jähniß und Peter Letkemann



Göttingen · Vandenhoeck & Ruprecht · 1981

THORN Altlutherische Gemeinde

Die Evangelisch-Lutherische Gemeinde in Thorn (Altlutheraner) gehörte bis 1920 zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Preußen (Oberkirchenkollegium in Breslau), in der Polenzeit dann zur Evangelisch-Lutherischen Diözese in Polen bzw. zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Westpolen mit 23 Gemeinden.

Pastoren: 1862–1901 **Rehm**, Theodor, * 11. 7. 1828 in Memmingen, ord. 23. 8. 1853, v. 1853–1862 altluth. P. in Brüssow/Mark, in Thorn später auch Sup., n. i. R., † 25. 5. 1903 in Thorn. – 1901–1922 **Wohlgemuth**, Hermann, * 20. 10. 1865 in Berlin, ord. 31. 10. 1890, v. 1890–1901 P. in Kiehnwerder/Brandenburg, † 30. 9. 1922 in Thorn. – 1925–1945 **Brauner**, Theodor, auch Sup., * 24. 12. 1867 in Schwenningdorf, ord. 11. 2. 1894, v. 1896–1925 alt-luth. P. in Nakel, † 4. 3. 1947 in Berlin.

Iselin Gundermann

Ansiedlungsgesetz und Gemeindegründungen im Kirchenkreis Thorn 1886–1914¹

Die Diözese Thorn gehörte nach den Maßstäben der Verwaltung der Evangelischen Kirche noch in der beginnenden zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht zu den Diasporagebieten. Karthaus, Neustadt, Preußisch Stargard, Flatow, Konitz, Kulm, Schwetz und Strasburg wiesen unter den westpreußischen Kirchenkreisen viel ungünstigere zahlenmäßige Verhältnisse der Evangelischen zu den Katholiken auf; die Zahl der Ortschaften, die zu einem Kirchensprengel gehörten, war dort auch größer, die Entfernung zum Gotteshaus weiter und ein Zusammenhalt der Gemeindemitglieder unter diesen Bedingungen nur schwer zu erreichen. Die Evangelische Kirche sah in diesen Kreisen Notstandsgebiete, die besonderer Fürsorge bedurften, wogegen das kirchliche Leben in Thorn als weitgehend „normal“ betrachtet wurde, das keine unterstützenden Maßnahmen erforderte.

Führte man sich Zahlenangaben vor Augen, so mochte die Annahme der Kirchenleitung stimmen. Das Verhältnis von ca. 36 400 Evangelischen zu ca. 43 500 Katholiken im Kirchenkreis Thorn war um 1885 nicht ungünstig, nur täuschte die Angabe der Gesamtzahl der evangelischen Christen darüber hinweg, daß fast die Hälfte von ihnen, nämlich ca. 17 200, in der Stadt Thorn lebte. Sie verteilten

¹ Wollte man sich in Nachschlagewerken über das Preußische Ansiedlungsgesetz von 1886 unterrichten, so würde man in „Religion in Geschichte und Gegenwart“ vergeblich nach diesem Stichwort suchen; auch zum Begriff „Ostmarkenpolitik“, auf den die neue Brockhaus-Enzyklopädie verweist, hat das theologische Lexikon nichts zu sagen. – Versucht man umgekehrt in Darstellungen über die preußische Polenpolitik Aufschluß über die Haltung der Evangelischen Kirche zu gewinnen, so wird man auch hier enttäuscht, obwohl die scheinbar so gängige Gleichsetzung deutsch=evangelisch und polnisch=katholisch präzisere Darlegungen zur Beteiligung der Kirche an der Germanisierungspolitik des Staates erwarten läßt. – Auf das Problem habe ich 1979 in einem Vortrag vor der Preußischen Historischen Kommission in Berlin hingewiesen. Die für die damaligen Ausführungen wie für den vorliegenden Aufsatz herangezogenen Quellen befinden sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz unter den Akten des Justizministeriums (Rep. 84a) und der Ansiedlungskommission (Rep. 212) sowie im Evangelischen Zentral-Archiv, Berlin, in den Akten des Evangelischen Oberkirchenrats (EOK), unter den Spezialia (Provinz Westpreußen, später in Anpassung an die kirchlichen Verhältnisse umsigniert auf Posen und Danzig); insbesondere die Abteilung II (Hauptgeschäftsberichte), V (Gemeinden), VI (Visitationen) sowie Einzelstücke aus der Abteilung der Präsidialia wurden benutzt.

sich auf die evangelischen Kirchengemeinden Altstadt, Neustadt und St. Georg und wurden von vier Pfarrern betreut².

Das ländliche Gebiet der Diözese Thorn, nicht deckungsgleich mit dem politischen Kreis Thorn-Land, bestand vor 1886 gleichfalls aus vier evangelischen Pfarrgemeinden: Aus der 1803 gegründeten Gemeinde Culmsee, mit 79 eingepfarrten Ortschaften der größte Bezirk, aus der Gemeinde Gremboczyn (später Gramtschen)-Rogowo-Leibitsch, die seit 1565 bestand, aus der Gemeinde Gurske-Pensau, 1614 gegründet, und aus der Gemeinde Schönsee, die erst 1853 eingerichtet worden war.

Die Tätigkeit der vier Geistlichen in diesen Gemeinden war mühevoll. Ihre Vorstellungen und Beschwerden wurden vom Westpreußischen Konsistorium Danzig nach Berlin an den Evangelischen Oberkirchenrat weitergeleitet, wo sie mit größter Sorgfalt und grundsätzlichen Überlegungen geprüft und beantwortet wurden, und manchmal hat man sich in den Gemeinden gewiß etwas weniger Grundsätzlichkeit und statt dessen schnellere, unbürokratische Hilfe gewünscht. So hatte sich ein Briefwechsel zwischen dem Pfarrer und Gemeindegemeinderat Culmsee einerseits und den kirchlichen Dienststellen andererseits wegen der Reparaturen am Kirchengebäude über mehr als fünf Jahre (1853 bis 1858) hingezogen, da der Fiskus seine Patronatspflichten bezweifelte, nach denen er in diesem Falle für die Kosten aufkommen mußte. Als diese Vorbehalte ausgeräumt waren, erhielt das Gotteshaus nach seinem Umbau jetzt über das eigentlich Notwendige hinaus einen erhöhten Glockenturm *auf Anordnung des Herrn Oberbaurats Stüler, um das Gebäude würdig zu zieren*. Darüber hinaus wandte sich der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, von Uechtritz, an den Generaldirektor der Königl. Museen, Dr. von Olfers, um ihn zu bitten, aus den zurückgesetzten Beständen des Museums das Bild „Die Anbetung der Könige“, ein Werk der Rubensschule, das ursprünglich für die Johanniskirche in Memel vorgesehen war, der Gemeinde Culmsee als Altargemälde zur Verfügung zu stellen³.

Daß sich die Entwicklung des evangelischen Kirchenwesens im Kreise Thorn seit 1890 beschleunigte und hier wie in den eigentlichen Diasporagebieten Westpreußens und Posens das Netz der kirchlichen Mittelpunkte verfeinert, die Zahl der Geistlichen vergrößert und das Gemeindeleben sorgfältiger beobachtet wurde, war nicht zuletzt dem preußischen Gesetz vom 26. April 1886 *betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen* zu danken, das unter seiner kurzen Benennung „Ansiedlungsgesetz“ be-

² Heinz Neumeyer: Kirchengeschichte von Danzig und Westpreußen in evangelischer Sicht. Bd. 2: Die evangelische Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Leer 1977, S. 202f.

³ EOK Posen V Nr. 333 (Culmsee).

kannt geworden ist. Danach stellte die Staatsregierung einen Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung (dieser Betrag wurde später noch erhöht), *um zur Stärkung des deutschen Elements in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisierende Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter 1. Grundstücke käuflich zu erwerben, 2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen a) aus der erstmaligen Einrichtung, b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauften oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden*⁴. Das Gesetz spricht in dem zitierten Paragraphen 1 ganz allgemein von den Kirchenverhältnissen, und diese unbestimmt gehaltene Formulierung hat der Ansiedlungskommission einen weiten Spielraum gelassen, der an Kompetenzen stoßen mußte, die andere Behörden für sich beanspruchten.

Seitens der Evangelischen Kirche in Preußen war der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin als die über den Konsistorien der altpreußischen Kirchenprovinzen stehende Behörde von den Absichten und Auswirkungen des Ansiedlungsgesetzes unmittelbar betroffen. Aus der Aktenüberlieferung des Evangelischen Oberkirchenrats geht nicht hervor, ob zwischen Vertretern der Ansiedlungskommission und kirchlichen Dienststellen Absprachen oder gemeinsame Planungen stattgefunden haben, auch gibt es kein Sonderfaszikel „Ansiedlungsgesetz“. Alle mit dem Gesetz in Zusammenhang stehenden Maßnahmen wurden von vornherein auf die betreffenden Diözesen und Parochien bezogen und der sich hieraus ergebende Schriftwechsel in der Registratur des Evangelischen Oberkirchenrats dementsprechend unter den „Spezialia“ abgelegt. Man gewinnt bei einer Durchsicht der erhaltenen Akten den Eindruck, daß die Evangelische Kirche immer erst im Nachvollzug der durch die Ansiedlungskommission geschaffenen Verhältnisse ihre Entscheidungen fällte, gelegentlich auch durch eine allzu lange Verzögerung das Siedlungswerk in Frage stellte, und nicht selten scheinen Ansiedlungskommission und Kirchenbehörde von plötzlich auftauchenden Problemen überrascht worden zu sein.

Obwohl der Kirchenkreis Thorn nicht den Mittelpunkt der Ansiedlungstätigkeit bildete, ergaben sich hier die gleichen Schwierigkeiten wie in den anderen Kolonisationsgebieten Westpreußens und Posens. Der Ablauf des Geschehens war in allen Fällen vergleichbar: Hatte die Ansiedlungskommission ein Gut gekauft und in eine Anzahl von Siedlerstellen aufgeteilt, so konnten die neuen Siedlungen einer günstig gelegenen Landgemeinde zugeordnet oder selbst in

⁴ Die Preußischen Landeskultur-Gesetze. Text-Ausgabe. Hrsg. von Nobiling. Münster 1901, S. 444.

eine solche umgewandelt werden. Das Gesetz von 1886 war zwar eindeutig gegen das Polentum gerichtet, nahm aber hinsichtlich der Konfession der deutschen Siedler keine Stellung. Da die Kosten für die Regelung der Kirchenverhältnisse vom Ansiedlungsfonds übernommen wurden, war es nach der Erkenntnis der verantwortlichen Behörden zweckmäßiger, die Siedlerstellen nicht an Kolonisten unterschiedlichen Bekenntnisses zu vergeben, um die Auswirkungen auf die kirchliche Verwaltung nicht unnötig kompliziert zu machen.

Die häufig zum Ausdruck gebrachte Gleichsetzung von Katholizismus und Polonismus entsprach dem Wortlaut des Gesetzes und auch den Intentionen der Ansiedlungskommission nicht. Im Jahre 1904 trat sie an das Justizministerium mit der Bitte um Entscheidung heran, ob das zur Besiedlung frei gewordene Gebiet Buchwald-Neuguth im Kreis Fraustadt (Provinz Posen) evangelischen oder katholischen Kolonisten zugeteilt werden solle. Sie gab dabei zu bedenken, daß ein geschlossener deutsch-katholischer Siedlungskomplex den Assimilationsgefahren an die polnische Umgebung weniger ausgesetzt sei, als wenn man den Siedlungswilligen verstreuten Grundbesitz zuweise. Die Gründung einer deutsch-evangelischen Kolonie in der polnisch-katholischen Umgebung hätte dagegen keinen Rückhalt an eine nähergelegene evangelische Gemeinde gefunden und war deshalb nach Ansicht der Ansiedlungskommission nicht empfehlenswert. Hier wird deutlich, daß das Bekenntnis der Siedlungswilligen für die Ansiedlungskommission keine Rolle spielte im Vergleich mit der Zugehörigkeit zum Deutschtum.

Für den Kreis Thorn läßt sich den Akten entnehmen, daß die aufgekauften Güter ausnahmslos evangelischen Siedlern zugeteilt wurden⁵. Wenn das Ansiedlungsgesetz beabsichtigt hatte, durch die Landkäufe vor allem den polnischen Großgrundbesitz zu verringern, so ist für den Kreis Thorn festzustellen, daß von den aktenmäßig erfaßten, namentlich genannten 29 Ansiedlungsgütern nur vier vorher in polnischem Besitz gewesen waren. Immerhin bedeutete die Aufteilung in leistungsfähige Bauernstellen auf jeden Fall ein zahlenmäßiges Wachstum der deutschen Bevölkerung, doch waren auf die Dauer nicht die Siedlerzahlen, sondern die Geburtenrate entscheidend, und in dieser Hinsicht war der Vorsprung der Polen nur schwer aufzuholen.

Die Diözese Thorn hatte vor Erlass des Ansiedlungsgesetzes 1886, wie oben gesagt, aus sieben Kirchengemeinden bestanden, aus drei städtischen und vier ländlichen. Der letzte westpreußische Pfarralmanach vor dem Ersten Weltkrieg aus dem Jahre 1913 nennt im Vergleich hierzu neben den drei städtischen zwölf ländliche Gemeinden. Da Schönsee 1897 dem neugegründeten Kirchenkreis

Briesen zugeschlagen, Ostrometzko dagegen 1899 vom Kirchenkreis Kulm an den Kirchenkreis Thorn abgetreten worden war, waren also in einem Vierteljahrhundert acht neue evangelische Parochien in der Diözese Thorn ins Leben gerufen worden. Es waren dies: Grabowitz, Ottloschin, Podgorz, Lulkau, Gr. Bösendorf, Rentschkau, Rudak-Stewken und Seglein.

Die Einrichtung der Kirchengemeinden Grabowitz, Ottloschin, Podgorz, Gr. Bösendorf und Rudak-Stewken war das Ergebnis praktischer Überlegungen seitens der kirchlichen Behörden, vielfach angeregt von den Hilfspredigern, Pfarrern und Gemeinden, die die Verhältnisse kannten und mit ihren Eingaben für eine bessere kirchliche Versorgung auch Gehör gefunden hatten. So war in Grabowitz 1892 eine eigene Pfarrstelle eingerichtet worden, wenngleich der Wunsch der Gemeinde, auch ein Gotteshaus zu bauen, aus Mangel an Geldmitteln nicht erfüllt werden konnte. In den Schulorten Schillno und Kompanie gab es Kapellen, die vorerst genügen mußten. Daneben gelang es dem bis 1910 amtierenden Pfarrer Ullmann, seine Pfarrkinder (1902: 1173; 1907: 1100; 1913: 1098) zu häuslichen Andachten und Zusammenkünften anzuregen⁶.

Das 1893 gegründete Kirchspiel Ottloschin war zunächst eng mit der gleichzeitig gebildeten Parochie Podgorz verbunden, doch stellte sich schon bald heraus, daß wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse ihre gleichzeitige Versorgung durch einen Geistlichen nicht möglich war. So richtete das Westpreußische Konsistorium 1897 an den Evangelischen Oberkirchenrat ein Gesuch betr. Einsatz eines Hilfsgeistlichen in Ottloschin und begründete zwei Jahre später die Dringlichkeit in einem erneuten Antrag: *Es erscheint als nationale Pflicht, die an der Grenze entlang gelegenen Kolonien, welche einst von Friedrich dem Großen mit deutschen Ansiedlern besetzt wurden, dem Deutschtum und damit der evangelischen Kirche zu erhalten*⁷. Die Gemeinde bestand aus kleinen, meist stark verschuldeten Grundbesitzern, Beamten der Eisenbahn, der Grenzwache (Rußland), Arbeitern und Tagelöhnern, und die Gefahr der Polonisierung der Bevölkerung schien in erhöhtem Maße gegeben zu sein. 1899 erhielt Ottloschin einen eigenen Hilfsprediger, doch fehlte es wie in Grabowitz an einer Andachtsstätte. Die Gottesdienste fanden in einer von den Altlutheranern gemieteten Kapelle statt. 1903, nachdem der Bau eines Pfarrhauses vollendet war, setzten die ersten Planungen für ein Kirchengebäude ein; 1908 konnte das Gotteshaus eingeweiht werden. Seit 1903 war Ottloschin völlig von Podgorz getrennt, obwohl die Gemeinde zu den kleinsten der Kirchenprovinz Westpreußen gehörte (1902: 677;

⁶ Zahlenangaben über die Stärke der evangelischen Bevölkerung in den Thorner Landgemeinden aus den Pfarralmanachen der Provinz Westpreußen für 1902, 1907 und 1913 (vorhanden in der Handbibliothek des Evangelischen Zentralarchivs, Berlin).

⁷ EOK Posen V Nr. 388 (Ottloschin).

⁵ GStAPK, I. HA, Rep. 84a Nr. 4073; Nr. 4077–4083.

1907: 634; 1913: 666). Der von 1904 bis 1914 hier amtierende Pfarrer Schneidewind fand in seinem Sprengel ein lohnendes Betätigungsfeld: Es gelang ihm, vom Gustav-Adolf-Verein, vom Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke und aus dem Kollektenfonds Gelder bewilligt zu erhalten, die er für die Tilgung der Bau-schulden verwendete.

Auch für Podgorz wirkte sich die Trennung von Ottloschin günstig aus. Während der Amtszeit des Pfarrers Endemann (1891–1912), der zunächst als Hilfsprediger eingesetzt gewesen war, erhielt die Gemeinde eine Kirche zum Geschenk, über die die „Kreuzzeitung“ am 5. Dezember 1895 berichtete: *... Jetzt bekommt sie mit einem Mal eine Kirche mit vollständiger innerer Einrichtung; sogar ein Türmchen mit einem Glöcklein ist darauf und ein Konfirmandenzimmer dabei. Es ist die Kapelle der Dorotheenstädtischen Gemeinde [in Berlin], welche seit vier Jahren dem Teil der Parochie um den Hansaplatz als Erbauungsstätte gedient hat, nun aber durch die Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche überflüssig geworden ist*⁸. Damit hatte die Gemeinde für ihre Glieder (1902: 4150; 1907: 4319; 1913: 4346) den erwünschten kirchlichen Mittelpunkt, auf dessen Bedeutung in der Abwehr katholischer polnischer Einflüsse Bürgermeister Kühnbaum schon 1891 in einer Petition an den Evangelischen Oberkirchenrat hingewiesen hatte.

Groß Bösendorf hatte bis 1896 zum Kirchspiel Gurske gehört. Die rege Gemeinde (1902: 2406; 1907: 1865; 1913: 1807) hatte sich aus eigenen Mitteln eine kleine Kirche errichtet, doch fehlte hier dem amtierenden Pfarrer Prinz (1896–1903) zum Leidwesen seines Superintendenten die notwendige Einsatzfreude für seine Arbeit, insbesondere für die Beschäftigung mit der Jugend. – Rudak-Stewken war bis 1910 pfarramtlich mit Thorn-Neustadt verbunden. Durch Gebietsausgleich entstand mit Rudak-Stewken aus einer Anzahl von Streusiedlungen auf dem linken Weichselufer eine neue Kirchengemeinde, die sich durch eine lange und erfolgreiche Amtszeit ihres Pfarrers Schönjan (1912–1927) zu einer wichtigen Stätte evangelischer Verkündigung vor allem während der Kriegs- und Nachkriegsjahre entwickelte. Die Zahl der sich zu ihr haltenden Gemeindeglieder betrug 1907: 1577, 1913: 1692.

Die Gemeinden Lulkau (mit Gostgau), Rentschkau und Seglein verdankten ihr Entstehen dagegen nicht in erster Linie kirchlichen Erwägungen des Danziger Konsistoriums oder gar des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, sondern Planungen der Ansiedlungskommission. Sie bieten Beispiele für die praktischen Auswirkungen der Ansiedlungspolitik, für das Mit- oder auch Gegenein-

⁸ Kirchliches Amtsblatt für Westpreußen Nr. 6. 1893 über die Gründung der Kirchengemeinde Podgorz. – Bericht der „Kreuzzeitung“ vom 5. 12. 1895 in den Akten EOK Posen V Nr. 370 (Podgorz). Dort auch frühere Eingaben betr. den Kirchenbau.

ander staatlicher und kirchlicher Stellen, wenn es galt, gültige Entscheidungen zu treffen.

Das 650 ha umfassende Gut Lulkau wurde zwischen 1894 und 1896 unter 38 evangelische Siedler aufgeteilt und 1898 in eine selbständige Landgemeinde umgewandelt. Kirchlich hatte Lulkau vorher zu Gremboczyn (Gramtschen) gehört, doch lag das Gotteshaus 10 km weit entfernt. Schon 1895 war ein Hilfsprediger für die Versorgung der Ansiedlergemeinden bestellt worden, bereits 1899 konnte das Kirchliche Amtsblatt für Westpreußen die Gründung der neuen evangelischen Kirchengemeinde Lulkau mitteilen. Das ehemalige Gutshaus von Lulkau war der Gemeinde zur Nutzung zugesprochen worden. Ein Betsaal wurde eingerichtet, mit einem Altar und Harmonium ausgestattet, ehemalige Aufenthaltsräume des Gutshauses zur Wohnung für den Geistlichen ausgebaut und der junge Pfarrer Hiltmann zum Gemeindeprediger ordiniert⁹.

Ähnlich verlief die Entwicklung von Gostkowo (Gostgau), das gleichfalls zu Gremboczyn gehörte. Es war um 1900 aufgeteilt worden und bildete eine kleine evangelische Gemeinde von etwa 260 Seelen.^{*} Die Ansiedlungskommission finanzierte den Bau einer Kirche mit 150 Sitz- und 70 Stehplätzen, doch blieb Gostgau bis 1908 Vikariatsbezirk von Lulkau. Auch nach Gründung der evangelischen Kirchengemeinde Gostgau aus Bevölkerungsteilen der angrenzenden Ansiedlungsgüter war diese mit Lulkau durch das Pfarramt verbunden. Der Prediger von Gostgau erhielt im Schulhaus eine Wohnung eingerichtet. Trotzdem zeigte es sich gerade hier, wie schwierig es war, aus den Siedlerfamilien unterschiedlicher landsmannschaftlicher Herkunft Gemeinden zu bilden, die sich untereinander und in ihrer Beziehung zur Kirche zusammengehörig fühlten. So wurde das Fehlen eines lebendigen Gemeindelebens in Lulkau und Gostgau seitens der Kirchenleitung lebhaft beklagt; insbesondere die Jugend versagte sich den kirchlichen Zielen einer Ausstrahlung des evangelischen Bekenntnisses auf die katholische Umwelt.

Ein weiteres Problem wurde sichtbar: Das Gut Lulkau hatte früher einem evangelischen Besitzer gehört, dessen Kirchensteuer im Rahmen des Gesamtaufkommens seiner Gemeinde eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte. Es war deshalb durchaus verständlich, wenn die evangelischen Kirchenbehörden ihr nachdrückliches Interesse bekundeten, ein durch die Ansiedlungskommission aufgekauft Gut mit evangelischen Kolonisten besiedelt zu sehen. Für Lulkau geht aus den Akten hervor, daß die Ansiedler für 10 Jahre von der Zahlung der Kirchensteuern befreit waren – auch bei kleinem Aufkommen ein für viele Jahre

⁹ Kirchliches Amtsblatt für Westpreußen Nr. 4. 1899 über die Gründung der Kirchengemeinde Lulkau. Akten: EOK Posen V Nr. 379, Vorgeschichte unter Akten Culmsee EOK Posen V Nr. 333.

spürbarer Ausfall für die Kirche, die zudem ohne Patronat blieb, so daß die Gemeindeorgane für Instandsetzungsarbeiten an Kirche und Pfarrgebäuden selbst aufkommen mußten¹⁰.

Auch die Kirchengemeinde Seglein entstand infolge der Ansiedlungstätigkeit. 1901 hatte die Kommission das adlige Gut Zelgno von einem deutschen Besitzer erworben. Es war 715 ha groß und bisher von katholischen polnischen Landarbeitern bewirtschaftet worden. Durch die Ansiedlung evangelischer Familien (1905 waren bereits 337 Personen sesshaft geworden) und die damit verbundene Veränderung der Bevölkerungsstruktur wurde der polnische Einfluß sichtbar zurückgedrängt; bei 39 polnischen Einwohnern (1905) ließ sich tatsächlich nur noch von einer Minorität sprechen. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission erstreckte sich weiter auf die benachbarten Güter Elisenhof (117 ha), Dreilinden (515 ha), Falkenstein und Drzonowko. Die neu geschaffenen Bauernstellen wurden ausnahmslos an evangelische Siedler vergeben, deren unterschiedliche landsmannschaftliche Herkunft der Ansiedlungskommission kein Problem bedeutete, für die Kirche jedoch Schwierigkeiten bereitete.

Das großflächige Siedlungsgebiet um Seglein bildete auf Grund einer staatlichen Verfügung eine eigene Landgemeinde. Kirchlich konnte es nicht mehr von einer der bestehenden Kirchengemeinden versorgt oder diesen angegliedert werden, da es sich über die Grenzen des Kirchenkreises hinaus in die Diözese Briesen hinein erstreckte. 1912 waren von 1267 Gemeindegliedern 906 Ansiedler. Die Ansiedlungskommission hatte schon vor der Regulierung der kirchlichen Verhältnisse Kirche und Pfarrhaus finanziert, wollte deren Benutzung aber erst nach der formellen Gründung eines Kirchspiels durch die verantwortliche Kirchenbehörde gestatten. Auf die Schwierigkeit der Verhältnisse wies das Danziger Konsistorium den Evangelischen Oberkirchenrat sehr nachdrücklich hin und betonte, wie wichtig eine rasche Entscheidung gerade in diesem Falle war:

Endlich dürfen wir . . . hervorheben, daß diese die weitaus dringlichste unserer Gründungssachen und besonderer Beschleunigung umso mehr bedarf, als ein großer Teil der Ansiedler aus der notorisch unkirchlichen Magdeburger Börde stammt, eine große Zahl aber zu den russischen Rückwanderern gehört und unter diesen sich Baptisten, Adventisten und Altlutheraner befinden, welche sich den gegenwärtigen unfertigen Zustand zunutze machen. Soll das kirchliche Leben nicht

¹⁰ Angaben zu Gostgau in den Akten von Lulkau EOK Posen V Nr. 379. – Äußerungen des Generalsuperintendenten während der Generalvisitation der Diözese Thorn 25. 5.–13. 6. 1904, veröffentlicht in: Die evangelischen General-Kirchen- und Schulvisitationen in Ost- und Westpreußen 1853–1944. Hrsg. v. Walther Hubatsch, bearb. v. Iselin Gundermann. Göttingen 1970, S. 611–625.

*dauernd Schaden leiden, so muß die Pfarrstelle in Seglein baldmöglichst errichtet werden*¹¹.

Als die Pfarrgemeinde Seglein 1913 nach vielen Jahren vergeblicher Eingaben des Danziger Konsistoriums an den Evangelischen Oberkirchenrat endlich gegründet wurde, waren die vielen Versäumnisse kaum noch wieder gut zu machen, die sich aus dem langen Hinauszögern ergeben hatten. Die Ansiedlerfamilien aus der Provinz Sachsen, aus Pommern, Westpreußen, Brandenburg, Westfalen, Schlesien, der Rheinprovinz, dem Herzogtum Anhalt und die Rückwanderer aus Rußland waren von vornherein nur schwer dazu zu bringen, sich in einer kirchlichen Gemeinde zusammenzuschließen, die der preußischen Evangelischen Kirche angehören sollte, der die Anhaltiner und die Rußlanddeutschen ihren Herkunftsgebieten und ihrem Bekenntnis nach nicht zuzurechnen waren. Je länger die oberste Kirchenbehörde mit ihrer Entscheidung zögerte, desto einflußreicher konnten religiöse Gemeinschaften werden, die im allgemeinen von der Kirche mit Besorgnis beobachtet wurden. Nicht zum ersten Mal erreichte den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin eine solche Warnung vor der Ausstrahlungskraft der Altlutheraner. In Thorn bestand eine sehr rege altlutherische Gemeinde, deren Geistliche sogleich die Betreuung der aus Rußland zurückgekehrten, nunmehr auf den Ansiedlungsgütern lebenden Kolonisten übernahmen – sehr zum Unwillen der Thorner Gemeindepfarrer. Diese waren jedoch andererseits unsicher, wie sie sich den altlutherischen Ansiedlern gegenüber verhalten sollten. Sie konnten sich auch nicht auf die Erfahrungen benachbarter Kirchenkreise stützen, deren Beziehungen zu den nicht-unierten Kolonisten, insbesondere zu den altlutherischen Rückwanderern aus Rußland, von derselben Unsicherheit gekennzeichnet waren. So gelangte aus dem der Diözese Thorn benachbarten Kreise Briesen folgende Beschwerde nach Berlin: Bei der Besiedlung des Gutes Planchaw zwischen 1901 und 1904 handele es sich unter den 36 evangelischen Bauern um eine größere Anzahl von Rückwanderern aus Rußland. Diese erklärten, auch ferner nicht zur unierten (evangelischen), sondern zur altlutherischen Kirche gehören zu wollen, da sie in Rußland gleichfalls Lutheraner gewesen seien. Es stelle sich nun das Problem, wieweit auf das Bekenntnis der Ansiedler eingewirkt werden solle? Waren die Altlutheraner als Sondergruppe unter den Evangelischen zu dulden oder waren sie als Sektierer zu be- und verurteilen? Sollte man den altlutherischen Ansiedlern die Räume der evangelischen Kirche öffnen und ihnen eigene Versammlungen gestatten?¹²

¹¹ Zu Seglein: EOK Posen V Nr. 403.

¹² Überlegungen des Evangelischen Oberkirchenrats zur Haltung den altlutherischen Rückwanderern gegenüber in den Präsidialia II Nr. 46 Vol. 2 unter den Akten des EOK.

Der Pfarrer von Villisaß, zu dessen Sprengel das Ansiedlungsgut Planchaw gehörte, mußte sich von der Ansiedlungskommission den Vorwurf gefallen lassen, *schroff, einseitig und von Engherzigkeit nicht frei zu sein*, da er die Benutzung der Gemeinderäume für Andachten der altlutherischen Siedler nicht gestatten wollte.

Die Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats fiel zugunsten der Alt-lutheraner aus, wogegen der westpreußische Generalsuperintendent sich in folgender Weise über den Vorfall äußerte: *Der in Planchaw von der Ansiedlungskommission hergerichtete Andachtsraum ist von dieser – vom landeskirchlichen Standpunkt aus kann ich nur sagen leider – auch den Altlutheranern zur Mitbenutzung überlassen worden. Abwechselnd wird darin von einem der beiden landeskirchlichen Geistlichen und von dem zweiten Geistlichen der Thorner altlutherischen Gemeinde Gottesdienst gehalten – ein wenig erfreulicher Zustand*¹³.

Für die in den westpreußischen und Posener Ansiedlungsgebieten wirkenden Gemeindepfarrer bedeutete die Stellungnahme der Konsistorien ebensowenig Hilfe wie die Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin. Einerseits begrüßte die Kirche die Stärkung des Deutschtums gegenüber der wachsenden polnischen Bevölkerung, sie erwartete über die Ansiedlungstätigkeit eine staatliche Unterstützung der evangelischen Bewohner in der Auseinandersetzung mit der zahlenmäßig überlegenen katholischen Einwohnerschaft¹⁴; andererseits mußte sie erkennen, daß nicht jede Siedlerfamilie bereit war, sich ohne weiteres der Organisation und den Glaubenssätzen der evangelisch-unierten Landeskirche zu unterwerfen, wenn im nahegelegenen Thorn die Möglichkeit bestand, Gottesdienste in dem bisher praktizierten Ritus, dem altlutherischen in Rußland, zu feiern, und besaß in ihrem Verständnis des kirchlichen Auf-

¹³ General-Kirchen- u. Schulvisitationen (wie Anm. 10), S. 676.

¹⁴ Hierzu der Hauptverwaltungsbericht des Westpreußischen Konsistoriums vom 23. Mai 1898: ... *Gegenüber dem numerischen Rückgang der evangelischen Bevölkerung ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß durch die stetig fortschreitende Bildung neuer Gemeinden und Stationierung von Hilfsgeistlichen an besonders bedrohten Stellen die evangelischen Gemeinden sich innerlich mehr festigen und das evangelische Bewußtsein eine Stärkung erfahren wird ... Es ist unser Bestreben, den Bestand evangelischer einflußreicher Beamten in den Diasporagemeinden möglichst zu erhalten und bei Erledigung derartiger Stellen auf deren Wiederbesetzung durch evangelische Beamte bei den staatlichen Behörden einzuwirken. Es ist zu erwarten, daß es nach und nach gelingen wird, auch auf diesem Wege den evangelischen Gemeinden manchen festen Stützpunkt und günstige Positionen zu verschaffen. Auch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, vielleicht auch der Landbank, wenn sie nur evangelische Ansiedler ansetzt, dürfte mit dazu beitragen, dem Ansturm des Polentums einen neuen Damm entgegen zu setzen* (EOK Westpreußen II Nr. 2, 1).

trags nicht genug Beweglichkeit, das Verbindende in den Glaubenssätzen der Zugewanderten zu sehen und hier eine Trennung zu den Sekten zu ziehen.

In der Gemeindepraxis mußte eine erfolgreiche Eingliederung der russischen Rückwanderer durchaus nicht an dogmatischen Unterschieden scheitern. Tüchtigen, einsatzbereiten Pfarrern gelang es oft schon nach kurzer Zeit, in der Besinnung auf die Gemeinsamkeiten im Glauben Vorbehalte abzubauen und auf den Ansiedlungsgütern und innerhalb der neuen Gemeindeverbände ein gesundes kirchliches Leben zu entwickeln. Die Aktenüberlieferung läßt aber den Eindruck entstehen, daß hierfür seitens der Kirchenbehörden wenig Hilfe zu erwarten war. Die Gemeindegründung von Seglein wurde grundlos lange hinausgezögert und stellte den hier abgeschlossenen Ansiedlungsprozeß wieder in Frage. Den Wünschen der Altlutheraner auf Mitbenutzung gottesdienstlicher Einrichtungen stand das Danziger Konsistorium auch hier verständnislos gegenüber: *Die in und um Seglein wohnenden Altlutheraner baten in einer von 13 Gesinnungsgenossen unterschriebenen Eingabe vom 24. Juli 1910 darum, ihnen die Mitbenutzung der in Seglein erbauten neuen Kirche zu Predigt- und Abendmahls-gottesdiensten, zu Taufen und Trauungen zu gestatten. Diesem Wunsch konnte natürlich nicht willfahrt werden*¹⁵.

Die nur knappe Überlieferung zur Gründung der Ansiedlergemeinde Rentschkau deutet darauf hin, daß es keine Gelegenheit gab, zwischen staatlichen und kirchlichen Behörden, zwischen unteren und oberen Instanzen der Kirchenverwaltung in einen ausführlichen Briefwechsel zur Klärung strittiger Fragen einzutreten. Der Anstoß zur Gründung erfolgte durch den Ankauf der Güter Lubianken und Koryt 1903 durch die Ansiedlungskommission. Das Gebiet umfaßte 743 ha und hatte vorher einem deutschen Gutsbesitzer gehört. Die Ansiedlungskommission hatte vorgesehen, das Gutshaus Lubianken in eine Schule umzuwandeln und eine weitere Schule zu erbauen, um den Siedlerkindern lange Wege zu ersparen. Das Gut Lubianken wurde in Luben umgetauft, und das Siedlungswerk begann mit 66 evangelischen Familien. Die Errichtung der Kirchengemeinde Rentschkau 1905 konnte nur zustandekommen, indem die benachbarten Parochien Teile abgaben; in diesem Falle waren Gurske, Culmsee und Ostrometzko davon betroffen¹⁶. Der zunächst als Hilfsprediger tätige Friedrich Gottlob Wilhelm Zeller, vom Generalsuperintendenten als „liebenswürdig, vorsichtig und entgegenkommend“ charakterisiert¹⁷, verwaltete die Rentschkauer Gemeinde, deren Kirche 1906 eingeweiht werden konnte.

¹⁵ Schreiben des Westpreußischen Konsistoriums an den Evangelischen Oberkirchenrat, Berlin, vom 6. Februar 1912: EOK Posen V Nr. 403 (Seglein).

¹⁶ EOK Danzig V Nr. 111 (Rentschkau). – GStAPK, I. HA, Rep. 84a Nr. 4080.

¹⁷ General-Kirchen- u. Schulvisitationen (wie Anm. 10), S. 617.

Es wäre ungerecht, den Bemerkungen von Vertretern der Kirchenbehörden über die Sonderwünsche der Altlutheraner – und auch Rentschkau blieb davon nicht ausgenommen – nicht auch eine andere Stimme entgegenzusetzen. Pfarrer Nimz aus Ottloschin erkennt die rußlanddeutschen Ansiedler als anregend und belebend in seiner Gemeinde: *Der Kreis Thorn ist lange vernachlässigt worden. Hat es doch vor kurzem Ortschaften gegeben und gibt es solche, wie ich erfahren habe, noch, die ihre Kinder nie zur Schule schicken, weil die Schule eine Meile entfernt ist. Zwar ist dank den Bemühungen des Herrn Landrats ein Umschwung zum Besseren eingetreten, aber es fehlt noch sehr viel. Der Kirchengesang ist hier wie in Grabia ein sehr schlechter. Die Leute haben früher sehr selten Gottesdienste gehabt; jetzt wieder sind schlechte Harmoniums zur Begleitung des Gesanges da. Das würde anders werden, wenn wir einen eigenen Betsaal hätten und eine kleine Orgel darin. Als ich neulich den evangelischen deutsch-russischen Auswanderern auf dem Bahnhofe eine Predigt hielt, war ich erstaunt, wie schön die Leute ohne jede Begleitung sangen, und ich erfuhr, daß tief in Rußland jedes Dorf seine evangelische Kirche hat. Da sagte ich mir: Was in Rußland möglich ist, sollte hier in Deutschland, im Lande der Reformation nicht möglich sein?* . . .¹⁸

Das Ansiedlungswerk setzte sich im Kreise Thorn bis zum Weltkriegsbeginn fort. Jeder Ankauf von Gutsbezirken konnte die Struktur einer Gemeinde verändern, jede hinzuziehende Familie den Pfarrer vor Schwierigkeiten stellen, mit denen er vorher nicht gerechnet hatte. Auch neu etablierte Ansiedlergemeinden konnten davon betroffen werden. In der Gemeinde Seglein ergab sich durch den Verkauf des Gutes Witkowo an die Ansiedlungskommission und den Wegzug des Besitzers 1912/13 ein Kirchensteuerausfall von 163 Mark für die Gemeinde, mit dem die Ansiedler, hätte man den Betrag umgelegt, nicht belastet werden konnten. Es war zwar damit zu rechnen, daß es sich nur um einen zeitweiligen Ausfall handelte, der ausgeglichen würde, sobald das Gutsland aufgesiedelt war, aber den Siedlerfamilien war auch eine befristete höhere Belastung nicht zuzumuten, zumal sie sich auf eine Zusicherung berufen konnten, nie mehr als 40 % der Staatseinkommensteuer als Kirchensteuer aufbringen zu müssen. Der Briefwechsel des Pfarrers Kohwalt aus Seglein mit der Königlichen Ansiedlungskommission wegen dieses Problems bricht 1914 ergebnislos ab. Doch zeigen die beiderseitigen ausführlichen Erörterungen über die Frage: hatte die Kommission oder hatten kirchliche Stellen für den finanziellen Ausgleich aufzukommen? daß es im Verlaufe einer zwanzigjährigen praktischen Erfahrung nicht gelungen war, zu einer Klärung grundsätzlicher Probleme des Ansiedlungswesens zu kommen:

¹⁸ Bericht des Pfarrers Nimz in: Gustav Adolf-Bote für Westpreußen 1900.

1. Waren nach § 1 des Ansiedlungsgesetzes die Kirchenverhältnisse geregelt, worunter die Kommission offensichtlich die Errichtung von Kirche und Pfarrhaus verstand, wer kam für die Bezahlung des Pfarrers auf? Dem Grundsatz des Evangelischen Oberkirchenrates entsprach es, daß die Besoldung des Pfarrers aus den Zinsen eines von der Gemeinde anzusammelnden Kapitals zu erfolgen habe. Diese Voraussetzung fehlte bei den Ansiedlungsgemeinden.

2. Wieweit hatte die Ansiedlungskommission kostenmäßig für Vorhaben einzutreten, die seitens der Kirche bereits bestanden und die durch die Ankäufe beschleunigt wurden? Es ist zu beobachten, daß sich die Kirche in solchen Fällen finanziell gern entlastete, bis die Ansiedlungskommission den Kompromiß vorschlug, ihrerseits die Kosten im gleichen Verhältnis zu tragen, wie es die an der Neugründung einer Gemeinde beteiligten Ansiedler im Verhältnis zur gesamten Seelenzahl ausmachten.

3. Die Ansiedlungskommission bestand darauf, Kirchengebäude unabhängig von der Einmischung kirchlicher Instanzen zu bauen (so in Seglein), mußte jedoch von diesem Grundsatz abgehen und willigte in den Kompromiß ein, die Entwürfe den Kirchenbehörden zur Einsichtnahme und Äußerung etwaiger Wünsche vorzulegen.

4. Wie in Wittkowo gehörte die Ausgewogenheit und Regelmäßigkeit bei der Einnahme von Kirchensteuern zu einem stets neu zu überdenkenden Problem. Jede Neugründung eines Pfarrbezirks auf Kosten anderer (wie im Falle Rentschkau) konnte für diese eine Verringerung der Einnahmen bedeuten.

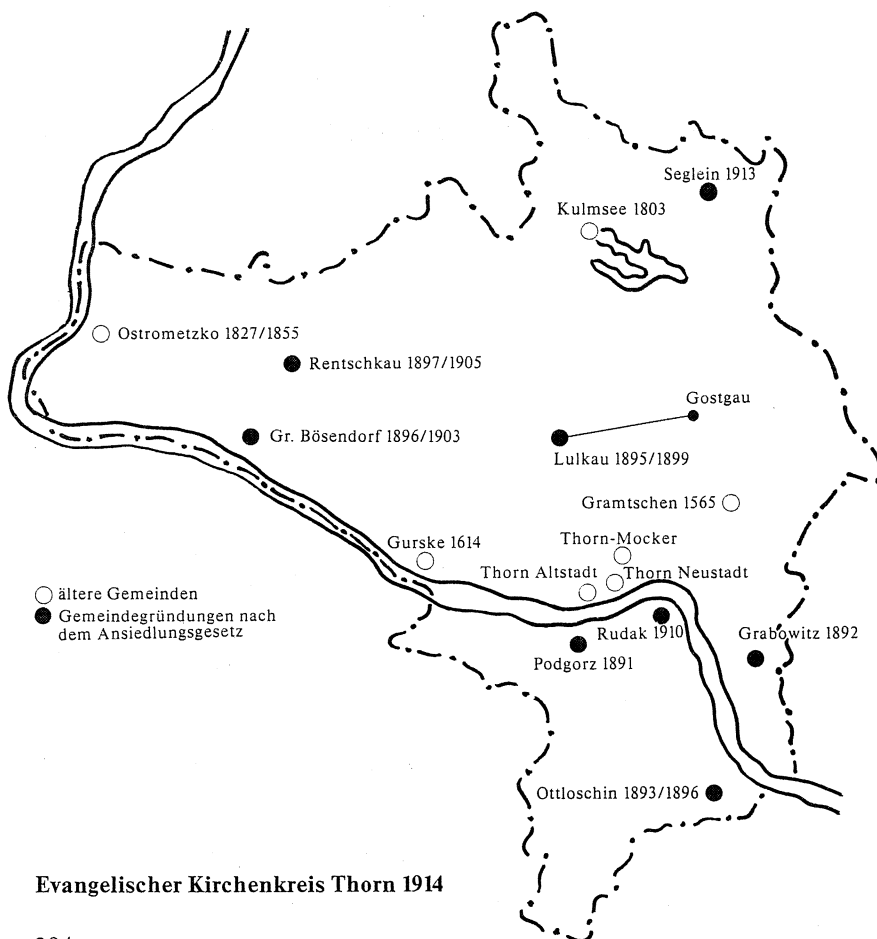
5. Es fällt auf, daß der Staat für keine der im Kreise Thorn gebildeten Ansiedlergemeinden das Patronat übernahm. Das hatte zur Folge, daß die Gemeinden die hiermit im Zusammenhang stehenden Pflichten selbst tragen mußten; andererseits konnten sie in der Wahl ihrer Pfarrer freier sein. In Lulkau erfolgte die Wahl des Geistlichen durch die Kirchengemeindeorgane, dagegen in Seglein gemäß dem Kirchengesetz vom 12. März 1912, das der Kirchenbehörde einen erheblichen Einfluß bei der Stellenbesetzung dann zubilligte, wenn staatliche oder landeskirchliche Mittel die Hälfte der jährlichen Zuwendungen erreichten¹⁹, und in Rentschkau präsentierte das Westpreußische Konsistorium der Gemeinde drei Bewerber zur Wahl.

Insgesamt sind in Westpreußen zwischen 1887 und 1918 87 neue Pfarramtstellen geschaffen worden, teils für neue Gemeinden²⁰, darunter die als Ergebnis der Ansiedlungstätigkeit gebildeten, teils als zweite und dritte Stellen an bereits

¹⁹ Kirchengesetz betr. Pfarrbesetzungsrecht. Vom 12. März 1912. Veröffentlicht in: Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 2. 1912, S. 19–22.

²⁰ Neumeyer (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 89.

bestehenden Parochien. Innerhalb dieser Förderung nahm der Kreis Thorn keinen schlechten Platz ein. Waren Kirchspielsneugründungen innerhalb des bestehenden Gefüges von Gemeinden und Diözesen von jeher das Ergebnis langwieriger verwaltungstechnischer und praktischer, finanzieller und auch theologischer Überlegungen gewesen, so wurde die Durchführung derartiger Vorhaben mit der Gründung der Ansiedlungskommission vielfach erschwert, weil hier eine weitere Stelle ihre Vorstellungen verwirklichen wollte und dabei in Belange eingriff, für die bis dahin die Gemeindeorgane, das Konsistorium und der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin allein zuständig gewesen waren.



Evangelischer Kirchenkreis Thorn 1914

Stefan Hartmann

Untersuchungen zum Thorner Finanzwesen im Ersten Weltkrieg im Spiegel der Haushaltspläne

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erlebte die Stadt Thorn an der Weichsel einen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Grund für diese positive Entwicklung war die relativ lange Friedensperiode nach dem Ende des Polnischen Januaraufstands, in der sich Handel und Wandel der Stadt ungestört entfalten konnten. Nach wie vor war die Haupterwerbsquelle der städtischen Bevölkerung das Getreidegeschäft, das durch die wachsende Nachfrage in den Industriegebieten des Deutschen Reichs – vor allem im Ruhrgebiet und in Sachsen – einen regen Aufschwung nahm. Diesem Trend kam im besonderen Maße das gut ausgebaute Eisenbahnnetz zugute, das eine schnelle Versendung der Agrarprodukte aus den Ostgebieten in den Westen des Reichs ermöglichte. Die verbesserten Verdienstmöglichkeiten wirkten sich auch auf die Bevölkerungsentwicklung aus, die sich für Thorn folgendermaßen belegen läßt¹:

1867: 15 505	1871: 16 619	1875: 18 631	1880: 20 617
1885: 23 906	1890: 27 018	1900: 29 635	1905: 31 801

Thorn hatte vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs etwa die Größe von Stralsund und Oppeln erreicht und war damit größer als Saarbrücken, Wilhelmshaven oder Paderborn². Wie die Statistik von 1905 ausweist, übte die Stadt an der Weichsel auch auf Zuwanderer von auswärts eine immer größere Attraktivität aus. Danach stammten aus Bayern 31 Personen, aus Sachsen 81, aus Württemberg 14, aus Baden 20, aus Hessen (Großherzogtum) 31, aus den übrigen deutschen Bundesstaaten 342, aus Österreich-Ungarn 82, aus Italien 10, aus Frankreich 4, aus Großbritannien 4, aus sonstigen europäischen Staaten 757 und aus den USA 19³. Die große Zahl der Zuwanderer „aus sonstigen europäischen Staaten“ erklärt sich vor allem aus dem Zustrom von Kongreßpolen in die preu-

¹ Vgl. Heinrich Silbergleit: Preußens Städte. Denkschrift zum 100jährigen Jubiläum der Städteordnung vom 19. November 1808. Hrsg. im Auftrage des Vorstandes des Preußischen Städtetages. Berlin 1908, S. 7 (= Tabelle 1). – Hierzu vgl. auch Ernst Bahr: Bevölkerung und Wirtschaft in Thorn, in: Westpreußen-Jahrbuch. 16. 1966, S. 42 ff.

² Vgl. Silbergleit, S. 7.

³ Silbergleit, S. 50 (= Tabelle 6b).